

Hagen bereitet sich auf KiBiz vor

Hagen. Während die Akteure in den Hauptrollen noch über den richtigen Text diskutieren und an Regieanweisungen feilen, wird im Hintergrund heftig an den Kulissen gearbeitet. Damit die Bühne spätestens im August 2008 für das umstrittene Stück mit dem Titel "Kinderbildungsgesetz" (KiBiz) bereit ist. In Hagen fühlt man sich auf gutem Wege.

Es gibt noch viel Planungsunsicherheit für die Kommunen, dennoch will Gerd Steuber als Fachbereichsleiter für Jugend und Soziales nicht bis zur KiBiz-Verabschiedung am 25./26. Oktober warten. Was momentan verlässlich zu tun ist, will sein Fachbereich bis 30. September zusammengetragen haben: "Wir ermitteln derzeit in allen 99 Kindertageseinrichtungen die tatsächlichen, nicht die möglichen, Anwesenheitszeiten der Kinder. So komplex wie wir machen das nicht viele Kommunen derzeit", erklärt Steuber. Daraus soll der Bedarf abgeleitet werden: die in der Diskussion stehenden 25, 35 oder 45 Wochenstunden unter KiBiz. Wenigstens an den Öffnungszeiten, meint Steuber, wird die Landesregierung nicht mehr rütteln. Im Oktober/November soll die Kindergartenlandschaft in den einzelnen Stadtteilen geplant werden. Wichtig ist Steuber das Einvernehmen der Träger in Hagen: "Wir wollen gemeinsam vorzugehen und keine Konkurrenz entstehen zu lassen." Die wird von KiBiz-Kritikern befürchtet: Kitas werden um Kinder buhlen.

Die Frage um die Finanzen - Kindpauschalen oder Einrichtungsbudgets (Vorschlag des Städtetages) - bereiten auch Steuber die meisten Sorgen. "Es wird viel auf die Kitas abgewälzt, ohne ausreichende finanzielle Absicherung." Zudem müssten die Gruppengrößen gedeckelt werden. Positiv sieht er an KiBiz, dass mit Pauschalen ein "sehr bürokratisches Abrechnungssystem abgeschafft" werde. Außerdem werde Sprachförderung gesetzlich verankert und finanziert, Familienzentren werden verbindlich festgeschrieben, "aber mit 12 000 E unterfinanziert". Über die Höhe der Elternbeiträge (heute: 12 %) will Steuber nicht spekulieren. Allerdings: Wenn das Land nicht bei den wesentlichen Eckpunkten nachbessere, könne KiBiz auch für Städte zu einer nicht kalkulierbaren finanziellen Belastung werden.

Völlig ungeklärt ist die Stichtagsregelung: Werden Kinder, die bis zum 1. November 2008 drei Jahre alt werden, berücksichtigt oder nur die mit Geburtstag bis zum 15. März 2008 oder 1. August 2008? Wie sollen die Kontingente für die U3-Betreuung verteilt werden? "Das steht noch nicht einmal für die Landesebene fest", weiß Steuber. Nur so viel: In Hagen will man bis 2010 bei 15 % U3-Plätzen sein.

24.09.2007 Von Anja Wetter

Sozialauswahl über Kitas

HINTERGRUND

- AWO, Caritas, Diakonie, DRK, Parität und Jüdische Kultusgemeinden wollen die derzeit festgefahrene Situation beim KiBiz beenden:
- Die Qualität der Arbeit in den Tageseinrichtungen brauche eine angemessene Finanzierung: eine gruppenorientierte Pauschale statt reiner Kindpauschale.
- Betreuungszeiten dürften sich nicht am Geldbeutel der Eltern ausrichten, sonst beginne die von der OECD kritisierte Sozialauswahl des deutschen Bildungssystems schon in den Tageseinrichtungen.
- Der Gesetzentwurf müsse weiterentwickelt werden: Bei einer Öffnungszeit von nur 25 Stunden seien die im Gesetz vorgesehenen Bildungsziele meist nicht erreichbar. Solche Öffnungszeiten müssten Ausnahmen sein.
- Für das Einführungsjahr müsse eine Übergangsregel geschaffen werden.